

suchung auf den Zeitraum von 1871 bis 1878 rechtfertigt sich nach Ansicht des Vfs. durch die wichtigen Zäsuren, die diese beiden Jahre in der Geschichte des jungen Kaiserreiches bilden: 1871 wurde es gegründet und der Kulturkampf begonnen; 1878 endete mit der Thronbesteigung des Papstes Leo XIII. die scharfe Phase jener unheilvollen Auseinandersetzung.

Freilich gab es schon immer gewisse Unterschiede etwa zwischen dem rheinischen, dem bayerischen und dem schlesischen Katholizismus. Die schroffen antikirchlichen Maßnahmen Bismarcks drängten solche „Regionalkatholizismen“ (S. 11) jedoch zurück und schweißten den größten Teil der deutschen Katholiken zu einem einheitlichen, ja monolithischen Block zusammen. Die defensiven und offensiven Reaktionen der katholischen Zeitungen gegen die Reichsregierung erfolgten quasi unisono. Nicht selten zitierten sie sich gegenseitig. Lange kommt in seiner mühevollen, manchmal sehr ins Detail gehenden Dissertation zu dem Schluß, daß die überregionale katholische Tagespresse den Kulturkampf „nicht in erster Linie als eine Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche“, sondern vielmehr als „einen Kampf des weltanschaulichen Liberalismus gegen Kirche und Christentum und zugleich als Kampf des Reichskanzlers Bismarck gegen die Zentrumspartei und die von ihr vertretenen freiheitlichen und parlamentarischen Prinzipien“ angesehen habe (S. 305).

Neben der „Germania“ war die „Schlesische Volkszeitung“ das führende katholische Presseorgan der deutschen Ostprovinzen. Der Vf. gibt keinen Grund an, warum er sie in seiner Abhandlung ausgeklammert hat. (Die meisten Jahrgänge dieser Zeitung sind — wie sich der Rezensent selbst überzeugen konnte — im ehemals deutschen und heute polnischen Breslauer Diözesanarchiv mühelos einzusehen.) Gewiß wurde sie bereits 1929 zu diesem Thema ausgewertet¹, doch auch über die „Germania“, die „Kölnische Volkszeitung“, das „Mainzer Journal“ und die „Augsburger Postzeitung“ liegen bereits ausführliche Untersuchungen vor (S. 9—10), und trotzdem wurden sie von L. abermals herangezogen. Der Anteil der Schlesier an der Redaktion der „Germania“ war verhältnismäßig groß. Zwei Geistliche, echte Kämpfernaturen, nämlich Paul Majunke (S. 84—88) und Adolf Franz, leiteten sie während der harten Kulturkampfsjahre (1871—1878 bzw. 1878—1881). Ein dritter schlesischer Kleriker, der Missionsvikar Eduard Müller (S. 84), gehörte dem Gründungsausschuß an.²

Der informativen, gut fundierten Arbeit hätte man einen besseren Druck gewünscht. Leider fehlt ein Register.

Zornheim bei Mainz

Helmut Neubach

1) Leonhard Müller: Der Kampf zwischen politischem Katholizismus und Bismarcks Politik im Spiegel der „Schlesischen Volkszeitung“. Ein Beitrag zur schlesischen Kirchen-, Parteien- und Zeitungsgeschichte (Breslauer Studien zur historischen Theologie, Bd XIV), Breslau 1929.

2) Vgl. deren Kurzbiographien in dem vom Vf. nicht erwähnten Aufsatz von H. Neubach: Schlesische Geistliche als Reichstagsabgeordnete 1867—1918. Ein Beitrag zur Geschichte der Zentrumspartei und zur Nationalitätenfrage in Oberschlesien, in: Archiv für schlesische Kirchengeschichte 26 (1968), S. 251—278.

Wilhelm Matull: Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriß ihrer Geschichte, Leistung und Opfer. (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd III.) Holzner-Verlag, Würzburg 1973. XX, 590 S., 63 Abb. i. T.

Nach zahlreichen Vorarbeiten (S. 363—364) legt der in Ostpreußen geborene Ministerialrat a. D., Journalist und Amateurhistoriker Wilhelm Matull mit diesem sehr gut aufgemachten, reichlich bebilderten Band ein Lebenswerk vor. Nicht nur auf Grund seiner bisherigen Publikationen war er wie kaum ein

zweiter geradezu prädestiniert, diese zusammenfassende Darstellung zu veröffentlichen. Arbeitete er doch schon während der Weimarer Republik als Journalist in der Arbeiterbewegung mit, nämlich als Redakteur der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung“ (S. 356—357). In jener Zeit knüpfte er Verbindungen zu führenden ostdeutschen Arbeiterführern und sozialdemokratischen Journalisten, von denen ihm nicht wenige durch Auskünfte bei der Abfassung seiner Arbeit mitgeholfen haben (S. VIII). Fünf steuerten Erinnerungen bei, die er geschickt in seine Darstellung eingeschoben und diese damit aufgelockert hat. Als weitere Quellen dienten Akten und Nachlässe aus dem Deutschen Zentralarchiv (II) in Merseburg, dem Staatlichen Archivlager in Göttingen, dem Archiv der sozialen Demokratie in Bad Godesberg und dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. An Presseorganen konnten — von wenigen Ausnahmen (S. 550) abgesehen — lediglich einzelne, meist zufällig gerettete Zeitungsnummern herangezogen werden. Polnische Quellen wurden leider „nicht ausgewertet“ (S. VII).¹

M.s Darstellung beginnt mit Schlesien, der reichsten ostdeutschen Provinz, die die Arbeiterführer Wilhelm Wolff, Ferdinand Lassalle und Paul Löbe hervorgebracht hat. Die Bedeutung, die er diesem preußischen Landesteil für die Arbeiterbewegung beimißt, zeigt sich rein äußerlich dadurch, daß er ihr mit 230 Seiten über 40 v. H. des gesamten Textes — den Anhang abgezogen — widmet. Als Zentren der sozialistischen Agitation sind zunächst die Weberdörfer im Eulengebirge, dann das Waldenburger Bergland und später immer mehr die Provinzhauptstadt anzusehen. Ihr erstes schlesisches Reichstagsmandat (1877) eroberten die Sozialdemokraten nämlich nicht in Breslau², sondern im Wahlkreis Reichenbach-Neurode (S. 35). Mit Recht schenkt der Vf. den Reichstagswahlen — nicht nur in Schlesien, sondern auch in den übrigen ehemals deutschen Ostprovinzen — als dem im Kaiserreich einzig möglichen Plebiszit sehr starke Beachtung. Er fußt hauptsächlich auf den Veröffentlichungen des gelernten Frisörs, SPD-Landtagsabgeordneten und Amateurhistorikers Theodor Müller.³ Bei der Behandlung der sozialdemokratischen Presse, vor allem der Breslauer „Volkswacht“, druckt er manche Seite aus Paul Löbes Memoiren⁴

1) Im Literaturverzeichnis zum Kapitel „Oberschlesien“ hat der Vf. allerdings zwei polnische Buchtitel (F. Hawranek, S. 230, und J. Przewłocki, S. 231) angegeben, jedoch nicht im Original, sondern — was unüblich ist — gleich in der Übersetzung. — Werden im Text polnische Wörter, meist Zeitschriftentitel, genannt, dann sind sie oft fehlerhaft und nicht mit den diakritischen Zeichen versehen: S. 68, 176 und 207 lies „Dziennik robotniczy“ statt „Dziennik robotnicza“, S. 208 „Głos Górnosłaski“, statt „Glos Gornslaski“, S. 228 „Czerwony Sztandar“ statt „Szerwony Sztander“.

2) Unter den Breslauer Reichstagsabgeordneten befanden sich acht meist weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannte Arbeiterführer, deren Biographien in einem Matull nicht bekannten Aufsatz zusammengefaßt sind. Vgl. H. Neubach: Von Franz Ziegler bis Eduard Bernstein. Die Vertreter der Stadt Breslau im Deutschen Reichstag 1871—1918, in: Festschrift (für) Ludwig Petry, Teil 2 (Geschichtliche Landeskunde, Bd V), Wiesbaden 1969, S. 322—354.

3) Siehe ZfO 22 (1973), S. 360—361.

4) Der Vf. nennt nicht die neueste Biographie dieses schlesischen Arbeiterführers, obwohl er selbst in dem Gemeinschaftswerk, in dem sie erschienen ist, mit einem Beitrag vertreten ist. Vgl. H. Hupka (Hrsg.): Große Deutsche aus Schlesien, München 1969. Darin W. Matull: Ferdinand Lassalle 1825—1864 (S. 156—163), und H. Neubach: Paul Löbe 1875—1967 (S. 267—276). — Der Vf. erwähnt ferner zwei Biographien nicht, die P. Löbe für die „Schlesischen Lebensbilder“ geschrieben hat, nämlich die des sozialdemokratischen Land-

ab, ohne jedoch die Seitenzahlen anzugeben (S. 68—70, später noch S. 74 und 133—135). Ähnlich aufschlußreich sind abgedruckte Erinnerungen Immanuel Birnbautms (S. 75—82).⁵ Als dritter Augenzeuge berichtet Hans Stephan über die schlesische „Arbeiter-Jugendbewegung“ (S. 102—104).

Die Überschrift „Schlesien“ trifft für die Seiten 1—85 nicht zu, da darin fast ausschließlich Niederschlesien behandelt wird. Dem überwiegend katholischen Oberschlesien, in dem die sozialistische Arbeiterbewegung relativ sehr schwach war — es schickte vor 1918 nicht einen einzigen Sozialdemokraten in den Reichstag —, widmet M. ein eigenes Kapitel (S. 145—232). Die Abschnitte über „Die geologischen Voraussetzungen“ und „Die historische Entwicklung des Industriegebietes“ (S. 145—160) gehören wohl kaum zum Thema und hätten entfallen können. Nicht bei den Reichstagswahlen des Jahres 1912 (S. 177), sondern bei denjenigen des Jahres 1907 erzielten die Polen hier die meisten Mandate, nämlich fünf.⁶ Die Freikonservative Partei, die ihre Vorherrschaft während des Kulturkampfes an das bis 1932 dominierende Zentrum abgeben mußte, spaltete sich nicht erst „nach der Reichseingung“ (S. 171) von den Konservativen ab, sondern sie existierte bereits seit 1867. Aufschlußreich ist das Kapitel „Rosa Luxemburg in Oberschlesien“ (S. 177—182), in dem der Vf. durch Auswertung einer neuen Biographie die bisher wenig bekannten Beziehungen dieser Sozialistin und späteren Kommunistin zum oberschlesischen Industriegebiet darstellt.

Versteht man unter „Ostdeutschlands“ oder „Ostdeutscher Arbeiterbewegung“ — so auf dem Buchrücken (!) — auch jene zwar im Osten geborenen, aber in Mittel- und Westdeutschland wirkenden Arbeiterführer, so ist gerade für Schlesien eine ganze Reihe von M. nicht genannter sozialdemokratischer und kommunistischer Politiker nachzutragen, z. B. die Reichstagsabgeordnete (MdR) Anna Bloss aus Liegnitz, Gattin des württembergischen Ministerpräsidenten, Gustav Steinbrecher aus Groß-Beckern, Kreis Liegnitz (Arbeits- und Innenminister in Braunschweig), Hermann Leber aus Ohlau (MdR und MdL für Sachsen-Weimar), Paul Brühl aus Hirschberg und Fritz Zubeil aus dem Kreis Grünberg (beide MdR für brandenburgische Wahlkreise), vor allem aber Oskar Cohn aus Guttentag/OS, einer der regsten kommunistischen Abgeordneten in der Weimarer Nationalversammlung.

Der landläufigen Meinung zufolge galt Pommern (S. 233—308) als ein „Junkerland“. M. kann nachweisen, daß auch hier eine lebhaft sozialdemokratische Bewegung vorhanden war, deren Aktivität allerdings nicht so stark an die Öffentlichkeit gedrungen ist wie jene in Schlesien. Immerhin konnten die pommerschen Arbeiter erst 16 Jahre später als ihre schlesischen und drei Jahre später als ihre ostpreußischen Genossen einen Abgeordneten in den Reichstag entsenden, und zwar einen für den Wahlkreis Stettin, was vom Vf. allerdings nirgends vermerkt wird. (Die auf S. 252 behandelte Reichstagswahl hat nicht

tagsabgeordneten Gustav Scholich (Bd 3, Breslau 1928, S. 392—396) und die des zweiten sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Oberschlesien, Hermann Zimmer (Bd 4, Breslau 1931, S. 436—441). Zimmers Vorname gibt Matull irrtümlich mit Philipp an (S. 103). Nicht Zimmer, sondern Felix Philipp war der erste sozialdemokratische Oberpräsident in Schlesien (ebenda).

5) Die Memoiren dieses sozialdemokratischen Journalisten sind inzwischen als separate Veröffentlichung unter dem Titel „Achtzig Jahre dabeigewesen“ (München 1974) erschienen; siehe dort das Kapitel „Chefredakteur in Breslau“ (S. 94—103). Vgl. auch: Das Historisch-politische Buch 23 (1975), S. 113.

6) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Bd 250, H. 2, Berlin 1913, S. 87—88.

1891, sondern 1890 stattgefunden.) Mit dem Historiker und Schriftsteller Franz Mehring aus Schlawe, dem preußischen Landtagspräsidenten Friedrich Bartels aus Loitz an der Peene, dem Kultusminister Konrad Haenisch aus Greifswald und mit Innenminister Albert Grzesinski⁷ aus Altentreptow lieferte auch Pommern einen nicht geringen Beitrag zur deutschen Sozialdemokratie. Das Kapitel „Die Wiederbelebung der SPD in Vorpommern“ (S. 299—303), das Ausschnitte aus bisher ungedruckten Erinnerungen von Max Fank bringt und das als einziges des ganzen Buches über die Zäsur des Jahres 1945 hinausragt, zeigt deutlich, wie stark sich aufrechte Sozialdemokraten der Zwangsvereinigung mit den Kommunisten zur SED widersetzt haben.

Bei der Behandlung der Arbeiterbewegung in Ostpreußen (S. 309—364) und derjenigen des Memellandes (S. 365—377) kann sich der Vf. auf sein drei Jahre zuvor im selben Verlag und in derselben Reihe erschienenenes, 150 Seiten umfassendes Buch „Ostpreußens Arbeiterbewegung“ stützen, das in der „Zeitschrift für Ostforschung“ bereits besprochen worden ist.⁸ M. hat den Text dieser früheren Veröffentlichung nicht einfach übernommen, sondern ihn auf die Rezensionen hin umgearbeitet und ergänzt, z. B. hat er das kurze Kapitel „Die christlichen Gewerkschaften“ (S. 353—354) hinzugefügt. Gustav Bauer, Otto Braun und Hugo Haase manifestieren den außerordentlich großen Beitrag Ostpreußens zur deutschen Sozialdemokratie insbesondere in der Weimarer Republik.

Wie in Oberschlesien war auch in Westpreußen (S. 378—478) die sozialdemokratische Bewegung vor 1918 so schwach, daß nicht ein einziger SPD-Abgeordneter in den Reichstag geschickt werden konnte. Es ist sehr zu begrüßen, daß der Vf. auch hier den Text durch eine Tabelle der Wahlergebnisse auflockert. Bei der Überprüfung der Mandate und Stimmen — eine Quellenangabe fehlt hier ebenso wie bei vielen statistischen Angaben — ergeben sich jedoch Differenzen. Der Wahlkreis Elbing-Marienburg wählte 1912 keinen Nationalliberalen (S. 390), sondern einen Vertreter der Reichspartei.⁹ Es ist bedenklich, die Stimmen der Reichspartei einfach denen der Konservativen und die der Fortschrittspartei denen der Nationalliberalen zuzuzählen und somit zwei Parteien in der Statistik fortfallen zu lassen. Mit dieser grob vereinfachenden Methode kommt der Vf. dann zu dem schiefen Urteil, die Reichspartei sei „eine Splittergruppe“ der Konservativen Partei gewesen (S. 389). — Zu den Sozialdemokraten Carl Legien aus Marienburg und Kurt Schumacher aus Kulm tritt als dritte bedeutende Persönlichkeit der westpreußischen Arbeiterbewegung der christliche Gewerkschaftler Johannes Gronowski (1922—1933 Oberpräsident der Provinz Westfalen). — An seine Tätigkeit als Redakteur der sozialdemokratischen „Freien Presse“ in Elbing erinnert sich Paul Schulz (MdL) recht ausführlich (S. 400—411).

Auffallend viel Raum widmet M. der Freien Stadt Danzig (S. 412—468). Die ersten 12 Seiten behandeln die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung. Über „Begegnungen mit Danziger Sozialisten“ berichtet Erwin

7) Die von Grzesinski im amerikanischen Exil veröffentlichten Memoiren „Inside Germany“ (New York 1939) sind außerordentlich aufschlußreich für den Werdegang eines Sozialdemokraten aus der „Provinz“ (vgl. das Kapitel „Personal history“, S. 17—31) und verdient es, im Literaturverzeichnis genannt zu werden.

8) Vgl. ZfO 20 (1971), S. 150—152 (F. Gause). Siehe ferner die Rezension von H. Neubach in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, H. 18, 1973, S. 103.

9) Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Bd 250, H. 2, Berlin 1913, S. 83.

Lichtenstein (S. 454—458), und der Arbeit in der Redaktion der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ gedenkt Erich Brost, heute Verleger der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (S. 460—464). Während der Vf. in der „Zusammenstellung verfolgter Gegner des NS-Systems aus der Arbeiterbewegung in Pommern“ (S. 304—307) beim Thema bleibt, führt er in der 23 Namen zählenden Totenliste der „Opfer des Nationalsozialismus“ in Danzig (S. 465—466) die Widerstandskämpfer ohne Rücksicht auf ihren politischen Standort an (auch vier katholische Geistliche).

Schon aus geographischen Gründen könnten Einwände dagegen laut werden, die „Grenzmark Posen-Westpreußen“ (S. 469—478) in das große Kapitel „Westpreußen“ einzufügen, wie dies der Vf. im Inhaltsverzeichnis tut (S. XVIII). Andererseits ließ es sich wohl kaum vermeiden, bei der Behandlung der Grenzmark stellenweise die zur Provinz Brandenburg gehörende Neumark, aus der die Arbeiterführerin Marie Juchacz stammt (S. 475), in die Auswertung mit einzubeziehen.

Die Provinz Posen (S. 479—506) war bei weitem „das schwächste Glied in der Kette der übrigen Provinzen“ (S. 499), was die Arbeiterbewegung betraf. Geradezu lähmend wirkten sich etwa seit der Jahrhundertwende auf die Agitation die Streitigkeiten zwischen der SPD und der PPS („Polska Partia Socjalistyczna“) aus. So schwach, wie der Vf. „nach einer genaueren Untersuchung“ (S. 495) meint, war die SPD allerdings auch wieder nicht. Es trifft nicht zu, daß sie in „vielen . . . Wahlkreisen“ „überhaupt keine“ Stimmen erhielt (S. 495). Im Jahre 1907 hatten zwar noch vier Wahlkreise keine SPD-Stimmen aufzuweisen, im Jahre 1912 jedoch konnte diese Partei in allen 15 Posener Wahlkreisen zwischen 9,6 und 0,2 v. H. der Stimmen gewinnen.¹⁰ Wenn festgestellt wird, daß im Februar 1887 in Bromberg für August Bebel „Wahlpropaganda betrieben wurde“ (S. 490), darf bemerkt werden, daß dieser Arbeiterführer immer wieder bei Reichstagswahlen in vielen für die SPD aussichtslosen Wahlkreisen als sogenannter Zählkandidat aufgestellt wurde.

„Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen“ (S. 507—545) in ein Sammelwerk miteinzubeziehen, das den Titel „Ostdeutschlands Arbeiterbewegung“ trägt, dürfte schon aus geographischen Gründen nicht unproblematisch sein. Wohl kein zweiter konnte dieses Kapitel besser schreiben als Otto Heike, der in Lodz geboren wurde und sich schon in jungen Jahren der „Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens“ anschloß, „einer verhältnismäßig kleinen Partei, gemessen an den sozialistischen Bewegungen in anderen Industrieländern“ (S. 543). Er konnte sich übrigens auf eine 195 Seiten umfassende Vorarbeit stützen, nämlich auf seine Broschüre „Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835—1945“.¹¹ Heike schildert den Leidensweg der DSAP als denjenigen „einer ehrlich um die Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur im Ausland, zugleich aber auch um die Völkerverständigung bemühten Bewegung“ (S. 544).

Bei der Zahl der Mitarbeiter und besonders bei der Fülle des zusammengetragenen Stoffes konnte es kaum ausbleiben, daß sich Wiederholungen, Überschneidungen und Fehler ergaben. Die meist nach Verwaltungseinheiten aufgliederten Kapitel sind sowohl in der Quantität wie in der Qualität unterschiedlich geratet. Manche Mängel weist auch der wissenschaftliche Apparat auf. Bei wohl weit über der Hälfte der Zitate fehlt die genaue Quellenangabe. Ungenauigkeiten gibt es auch in den Literaturverzeichnissen. In demjenigen

10) Statistik des Deutschen Reiches, Bd 250, H. 1, S. 14—17.

11) Dortmund 1969 (Veröff. der Ostdeutschen Forschungsstelle im Lande Nordrhein-Westfalen, Reihe A, Nr. 17).

über Polen (S. 545) steht z. B. die Angabe „Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn“, ohne daß irgendeine Akte genannt wird. Ähnlich pauschal ist die Quellenangabe „Bundesarchiv Koblenz. Zeitgeschichtliche Sammlung“ (S. 546). Unter der Fundstelle „Universitätsbibliothek Düsseldorf“ werden zwei Periodica angeführt, die in jeder größeren Bücherei auszuleihen sind (S. 548). Sehr großzügig wird der Begriff „Nachschlagwerk“ gehandhabt (S. 548—549). Auf S. 208 und 554 heißt es richtig „Ostdeutsche Morgenpost“, auf S. 550 falsch „Beuthener Morgenpost“. Im Personenregister fehlen zahlreiche Vornamen, die leicht in Reichstags- und Landtagshandbüchern oder in den Ausgaben von „Wer ist's?“ hätten gefunden werden können. So kommt es, daß mehr als ein Dutzend Personen zweimal angeführt werden, darunter so bekannte Politiker wie Heinrich Brauns (S. 564), Adam Stegerwald (S. 579) und Ernst Wollweber (S. 582).

Matull bringt ab und zu auch sehr kurze Kapitel über die christliche Arbeiterbewegung, aber trotzdem kann sich der Leser des Eindrucks nicht erwehren, daß allzu oft die Arbeiterbewegung mit der SPD gleichgesetzt wird, was übrigens aus der Parteizugehörigkeit des Vfs. verständlich, aber nicht entschuldbar sein dürfte. Das in den Augen des Rezensenten überflüssige Geleitwort des früheren Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt (S. V) bestätigt diese Annahme. Gewiß hat es christliche Persönlichkeiten vom Format Kettelers, Kolpings oder Adolf Stöckers in den Ostgebieten nicht gegeben. Aber wenn der bürgerliche Liberale Johann Jacoby aus Königsberg gleich fünfmal erwähnt wird, dann vermißt man doch auch Namen von ostdeutschen Geistlichen, die sich stark mit der Arbeiterbewegung beschäftigt haben, etwa Wilhelm Frank und Hermann Schaffer aus Ratibor oder Adolf Franz aus Langenbielau, bei dessen Beerdigung übrigens zuerst die Abordnungen der von ihm gegründeten Arbeitervereine und dann erst die des Breslauer Domkapitels, dem er angehört hatte, voranzogen. Diesem Breslauer Domherrn entsprach in Posen etwa Josef Klinke, der immerhin erwähnt wird (S. 488). Wer die Reichstags- oder Landtagsreden der Zentrumsabgeordneten Letocha und Szmula zugunsten der oberschlesischen Industriearbeiter liest, wird versucht sein, an bestimmten Passagen die Sprache Bebels oder Liebknechts zu erkennen. Auch wenn das größte Verdienst um die Arbeiter ohne Zweifel der Sozialdemokratie gebührt, sollte schon dem Versuch einer retrospektiven Überbewertung der SPD entschieden entgegengetreten werden.

Ließe sich auch noch soviel Kritisches zu Matulls Werk sagen, unbestritten ist doch sein Verdienst, als erster eine umfassende Darstellung einer politischen Richtung in der Geschichte der deutschen Ostgebiete gegeben zu haben, an der kein Historiker, der sich mit dem 19. und 20. Jh. beschäftigt, wird vorübergehen können. Ähnliche fundierte Arbeiten über die christlichen, konservativen und liberalen Parteien bleiben Desiderate, die sich leider so schnell nicht erfüllen werden.

Zornheim bei Mainz

Helmut Neubach

Berichtigung

In Heft 3/1976 der „Zeitschrift für Ostforschung“ muß es in der Rezension „Die Habsburgermonarchie 1848—1918, Band II: Verwaltung und Rechtswesen ...“, Wien 1975, zu Beginn der 4. Textzeile von unten nicht „Mehrheitsnationalität“, sonder „Mehrnationalität“ heißen.